

1949 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Wirtschaftsausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 16. Dezember 1978 betreffend einen Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens samt Ausführungsordnung

Der Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens sieht die Zentralisierung der Einreichung und Bearbeitung von Patentmeldungen einschließlich der Erstellung eines internationalen Recherchenberichtes und eines fakultativen internationalen vorläufigen Prüfungsberichtes vor. Er ist im Gegensatz zum Europäischen Patentübereinkommen nicht auf europäische Staaten beschränkt. Die internationale Anmeldung hat die gleiche Wirkung wie eine nationale Anmeldung in allen Staaten, die der Anmelder in der internationalen Anmeldung benennt. Die Erteilung von Patenten bleibt jedoch den nationalen und regionalen Verfahren überlassen. Der Patentzusammenarbeitsvertrag bringt damit für den Anmelder in den ersten Abschnitten des Patenterteilungsverfahrens Erleichterungen, wenn er den Schutz in mehreren Staaten anstrebt, und ist mit dem Instrumentarium des Europäischen Patentübereinkommens abgestimmt.

Der Patentzusammenarbeitsvertrag sieht - bei Erfüllung bestimmter Kriterien - die Bestellung von nationalen und regionalen Ämtern als Internationale Recherchenbehörden und als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörden vor. Der Patentzusammenarbeitsvertrag besteht aus dem Vertrag und einer Ausführungsordnung, die gemäß Art. 58 Abs. 1 Bestandteil des Vertrages ist.

Anlässlich der Genehmigung des Abschlusses des gegenständlichen Staatsvertrages hat der Nationalrat im Sinne des Art. 49 Abs. 2 B-VG den Beschluß gefaßt, daß ein Teil des Staatsvertrages vom Bundeskanzler unter Mitwirkung des Österreichischen Patentamtes dadurch kundzumachen ist, daß die Ausführungsordnung nach Art. 58 Abs. 1 des Vertrages über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens in englischer und französischer Sprache sowie in deutscher Übersetzung beim Österreichischen Patentamt zur öffentlichen Einsicht während der Amtsstunden aufgelegt wird.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Staatsvertrages die Erlassung von Gesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Erfüllung des Staatsvertrages nicht erforderlich.

- 2 -

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 19. Dezember 1978 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 16. Dezember 1978 betreffend einen Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens samt Ausführungsordnung, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1978 12 19

M a y e r
Berichterstatter

Dr. H e g e r
Obmann